

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 40. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 16. Juni 2004
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen

Gäste:
Entschuldigt: Bea Fuchs
Dr. Guido Berretta
Lucius Cueni
Martin Grieder
Arnold Julier
Felix Keller
Nicolas Meier
Beatrice Salvisberg

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

TRAKTANDEN:

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds in den Einwohnerrat anstelle des per sofort zurück-
getretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3511

2. Bericht des Gemeinderates vom 18.02.2004 betreffend
Aufhebung des Kindergartenreglements im Zusammenhang
mit der Umsetzung des Bildungsgesetzes Geschäft 3501

 3. Berichte des Gemeinderates vom 28.04.2004 und
der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.05.2004
betreffend Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil
für das Jahr 2003 Geschäft 3500/A

 4. Berichte des Gemeinderates vom 21.04.2004 und der Finanz- und
Rechnungsprüfungskommission vom 14. 05. 2004
betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten Finanzplanung
der Einwohnerkasse über die Jahre 2005 – 2009 Geschäft 3462/A

 5. Berichte des Gemeinderates vom 12.05.2004 und der
Wirkungsprüfungskommission vom 10.05.2004 betreffend
Leistungsberichte und Kosten-/Leistungsrechnung 2003
der Gemeinde Allschwil Geschäft 3515/A

 6. Postulat vom 21.04.2004 betreffend
Pflegewohnung in Allschwil, von Margarethe Wagner, SP-Fraktion, Geschäft 3499

 7. Interpellation vom 30.04.2004, betreffend Sauberkeit von
öffentlichen Anlagen und Strassen in Allschwil
von Ornella Schneider, FDP-Fraktion Geschäft 3517

 8. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 06.05.2004 zur
Überprüfung des Tagesheimes Baslerstrasse und
des Tagesheimes Schlappenmatten Geschäft 3518
-

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 40 vom 16.06.2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** begrüsst die Anwesenden unter Hinweis auf das Ende der achten Legislaturperiode und macht folgende Mitteilung:

Im Auftrag von Dr. Guido Beretta teile er mit, dass es für die Arbeitsgruppe der GPK zeitlich unmöglich war, heute einen Bericht zu den Einwohnerratswahlen vom 08. Februar 2004 vorzulegen. Wahrscheinlich werde es bis zum November dauern, bis ein Bericht vorliege.

Traktandenliste

Christoph Morat stellt den Antrag, dass das Traktandum 2, Ersatzwahl (Geschäft 3512) ersatzlos gestrichen werde, da dieses Geschäft bereits an der letzten Einwohnerratssitzung behandelt wurde.

Jean-Jacques Winter stellt den Antrag, dass die Traktanden 8 (Geschäft 3499) und 9 (Geschäft 3517) vor das jetzige Traktandum 7 vorgezogen werden. Dies als Reminiszenz an die zwei Einwohnerrätinnen Ornella Schneider und Margaret Wagner. Diese könnten somit ihre Vorstösse an der heutigen und ihrer zugleich letzten Einwohnerratssitzung selbst vertreten.

://:

1. Den Anträgen von Christoph Morat und Jean-Jacques Winter wird mit grossem Mehr zugestimmt.
 2. Die Traktandenliste wird mit obigen Änderungen verabschiedet.
-

Neue parlamentarische Vorstösse

Von **Peter Humbel**, namens der SP-Fraktion wird eine Interpellation vorgelegt. Sie betrifft die Sparmassnahmen des Kantons (Geschäft 3528).

Ausserdem liegt eine kleine Anfrage von **Yves Hartmann**, CVP-Fraktion, betreffend Standort und Magazin der Feuerwehr vor (Geschäft 3524).

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, hat zwei kleine Anfragen eingereicht. Die eine betrifft die Friedhofserweiterung (Geschäft 3522), die andere die Pflege und den Unterhalt von Blumenrabatten (Geschäft 3523).

Die Dringlichkeit der Interpellation von **Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, betreffend Hochwasserschutzdamm (Geschäft 3527) begründet der Interpellant wie folgt:
Dringlich sei die Interpellation nicht nur, weil auch der Sommer mit Hochwassern aufwarten könne, sondern vor allem, weil die nächste Einwohnerratssitzung erst wieder im September sei. Um die Angelegenheit bei den Beratungen im Landrat vorwärts bringen zu können, sei die Beantwortung der Interpellation zum jetzigen Zeitpunkt wichtig.

Die Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** teilt namens des Gemeinderates die Entgegennahme der Interpellation mit.

://:

Die Dringlichkeit der Interpellation von **Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, wird mit grossem Mehr beschlossen (Geschäft 3527).

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

406 01.030 Einwohnerrat

1. Bericht des Gemeinderates betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds in den Einwohnerrat anstelle des per sofort zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3511

://:

Von der Ersatzwahl des Andreas Bammatter-Z'Graggen, SP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle des zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) wird Kenntnis genommen.

407 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
04.010 Kindergarten

2. Bericht des Gemeinderates vom 18.02.2004 betreffend Aufhebung des Kindergartenreglements im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bildungsgesetzes Geschäft 3501

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, erläutert die Grundlage des Aufhebungsantrages. Mit dem In-Kraft-Treten des neuen Bildungsgesetzes dränge es sich nicht mehr auf, ein eigenes Kindergartenreglement zu haben. Die generelle Überprüfung habe ergeben, dass alle Regelungen des kommunalen Kindergartenreglements eine Entsprechung im Bildungsgesetz oder den dazugehörigen Verordnungen fänden. Einzig die Bestimmung des Wahlorgans sowie die Zusammensetzung des Schulrates müssten noch auf kommunaler Ebene geregelt werden. Dies sei in Allschwil aber mit der Annahme der neuen Gemeindeordnung bereits erfüllt.

Alle Fraktionen sind für EINTRETEN auf die Vorlage.

://:

EINTRETEN wird einstimmig beschlossen.

Keine weiteren Wortmeldungen

://:

Es wird wie folgt mit grossem Mehr beschlossen:

1. Das Kindergartenreglement der Einwohnergemeinde Allschwil vom 13. November 1991 wird mit Wirkung ab 01. August 2004 ersatzlos aufgehoben.
2. Der Aufhebungsbeschluss wird nach Ablauf der Referendumsfrist dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung unterbreitet.

408 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
07.012 Jahresrechnung

3. Berichte des Gemeinderates vom 28.04.2004 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.05.2004 betreffend Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2003 Geschäft 3500/A

Die Präsidentin der FiReKo, **Verena Meschberger**, erläutert für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission den Bericht zur Jahresrechnung 2003. Die FiReKo sei grundsätzlich sehr erfreut über das positive Resultat der Jahresrechnung 2003. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung habe sehr gut funktioniert. Die Gemeindeverwaltung habe intern der Abteilung Tiefbau/Umwelt durch das Instrument der Kosten- und Dienstleistungsanalyse individuelle Unterstützung im Hinblick auf die Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur gewährt. Dies sei aus Sicht der FiReKo auch notwendig gewesen. Die Investitionsrechnung des Departements Tiefbau/Umwelt habe einige Budgetabweichungen aufgewiesen, welche die Arbeit der FiReKo nicht erleichtert habe. Die oben erwähnte Unterstützung der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt durch den Gemeinderat werde sich frühestens im Rechnungsjahr 2004 auswirken. Dann aber müsse sie beweisen, dass sie gut budgetieren, die Aufträge entsprechend durchführen oder bei Abweichungen gute Erläuterungen liefern könne.

Weiter müsse erwähnt werden, dass die FiReKo über die ordnungsgemäss geführte Buchhaltung zu berichten habe. Für die sachliche und fachliche Kontrolle sei die FiReKo nicht zuständig. Die buchhalterische Richtigkeit sei auch bei der Investitionsrechnung, vollumfänglich erfüllt. Es gebe neben dem offiziellen Bericht der FiReKo einen ausführlichen Bericht der offiziellen Revisionsstelle der Gemeinde. Dieser werde jeweils bei der Prüfung der nächsten Jahresrechnung konsultiert, um festzustellen, ob alle abgegebenen Empfehlungen aufgenommen und umgesetzt worden sind.

Zwischen den Berichten des Gemeinderates und der FiReKo habe es bei den Investitionen Differenzen gegeben. Der Gemeinderat rede von Nettoinvestitionen von knapp CHF 2.5 Mio. und einem Schuldenabbau. Die FiReKo berichte von Nettoinvestitionen von knapp CHF 5.3 Mio und einer zunehmenden Verschuldung. Der Grund liege darin, dass der Gemeinderat von den Gesamtinvestitionen in der Gemeinde, also alles was gebaut werde, ausgehe. Es gebe jedoch sogenannte Spezialfinanzierungen für Abfall- und Wasserrechnungen. Wenn man diese Abschlüsse in die Gesamtinvestitionen einrechne, dann stimme die Aussage des Gemeinderats. Die FiReKo gehe hingegen von getrennten Rechnungen aus. Sie sei der Meinung, dass die Rechnungen getrennt betrachtet werden sollten. Die Investitionen sollten aufgeteilt werden in diejenigen, welche die Gemeinde als solches tätigen müsse und solche für die sogenannten Spezialfinanzierungen. Grundsätzlich seien aber beide Aussagen richtig, lediglich der Ausgangsstandpunkt und damit die Berechnungsgrundlage seien verschieden. Der Grund der Unterscheidung durch die FiReKo sei, dass für die Investitionen der Spezialfinanzierungen Gebühren erhoben würden, für die übrigen jedoch Steuern. Im Jahr 2003 hätten die Spezialfinanzierungen positiv abgeschlossen. Eine Gebührensenkung sei aufgrund des Finanzplanes der folgenden Jahre und der geplanten Investitionen aber nicht möglich. Diese Transparenz sei letztlich dank der WOV zu erreichen und ermögliche auch im Bereich der Gebührenstrukturen langfristige Planungen.

Abschliessend verdankt die Präsidentin der FiReKo dem Gemeinderat und den Mitarbeitern der Verwaltung ihre konstruktive und angenehme Zusammenarbeit. Durch die andauernden Sparanstrengungen des Gemeinderates und der Verwaltung sei es letztlich möglich geworden, ein positives Resultat zu erzielen. Sie beantragt dem Einwohnerrat daher namens der FiReKo die Jahresrechnung 2003 zu genehmigen.

Dr. Leo Zehnder, Departementschef Finanzen, kommentiert aus Sicht des Gemeinderates die Jahresrechnung und den Bericht der FiReKo. Die Verwaltung und insbesondere die Finanzabteilung sei natürlich ausserordentlich dankbar dafür, dass die Berichte der FiReKo und der Revisionsstelle so positiv ausgefallen seien. Dies stelle eine Würdigung der Arbeit des Finanzdepartements dar. Ausserdem sei es sehr erfreulich, dass am Ende seiner Amtszeit eine positive Jahresrechnung präsentiert werden könne. Die finanzielle Situation der Gemeinde Allschwil habe sich erfreulich gebessert und man könne, in Anlehnung an die Privatwirtschaft von einem "Turn around" sprechen. Allerdings sei das Eigenkapital immer noch sehr gering, ein Polster habe die Gemeinde noch nicht. Man müsse auch weiterhin verantwortungsvoll und sparsam mit den Finanzen umgehen. Er bittet die Parlamentarier um Genehmigung des Jahresabschlusses 2003.

EINTRETEN

Bruno Steiger, SD-Fraktion, stellt namens seiner Fraktion fest, dass die Präsidentin der FiReKo voll des Lobes über die Rechnungsführung und das positive Resultat der Gemeinde Allschwil gewesen sei. Dies müsse jedoch ganz klar relativiert werden. Die sogenannte positive Bilanz sei primär nicht der Verdienst des Gemeinderates sonder der Steuererhöhungen. Angekündigte Sparanstrengungen seien löblich, müssten aber auch umgesetzt werden. Wenn man aber die Rechnungen der Jahre 2000 und 2002 vergleiche, falle auf, dass sich die Ausgaben für Kultur und Freizeit praktisch verdoppelt haben. Wenn man so weitermache, dann seien Steuersenkungen in der Zukunft nicht möglich. Er gehe davon aus, dass die Kosten in den Bereichen Kultur und Freizeit vor allem dem geplanten unnötigen Begegnungszentrum zu verdanken seien. Die SD-Fraktion werde auf die Vorlage nicht eintreten, da vom Sparwillen weder beim Gemeinderat noch beim Einwohnerrat etwas zu spüren sei.

Thomas Pfaff, namens der SP-Fraktion, verdankt dem Gemeinderat und der Verwaltung die Budgettreue. Einzig der Tiefbau habe der Fraktion diesbetreffend Sorgen gemacht. Dennoch sei die SP-Fraktion für EINTRETEN.

Robert Richner, FDP-Fraktion, erklärt ebenfalls EINTRETEN. Der Abschluss sei erfreulich. Dies sei vor allem aufgrund der Sparanstrengungen der letzten zwei Jahre zurückzuführen sowie auf positive Entwicklungen, welche in den Ausführungen zum Finanzplan und der Rechnung erläutert seien. Die Sparanstrengungen müssten aber unbedingt weitergeführt werden, um neben einem ausgeglichenen Haushalt auch Schuldenabbau, Bildung von Eigenkapital und Senkung des Steuerfusses erreichen zu können.

Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion ebenfalls EINTRETEN.

://:

Eintreten auf die Vorlage wird mit grossem Mehr bei zwei Nein-Stimmen beschlossen.

Iris Zihlmann, 2. Vizepräsidentin, verliest die Jahresrechnung 2003:

Laufende Rechnung,

- 0 Allgemein Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit
- 2 Bildung
- 3 Kultur und Freizeit

Dr. Leo Zehnder, Departementschef Finanzen, erläutert folgendes: Der Grund, warum Herr Bruno Steiger nicht für Eintreten gewesen sei, liege wohl in der Position auf Seite 26, Kultur und Freizeit. Auf Seite 28 unter der Position 340-38 "Einlagen in Sonderfinanzierungen" sei ein Betrag von 1'614'000.— Fr. ausgewiesen. Dies sei der Betrag der UBS für die Finanzierung des Fussballplatzes. Dieser Betrag sei vom Totalaufwand von Fr. 3'170'990.60 abzuziehen, um den tatsächlichen Aufwand ermitteln zu können. Dieser belaufe sich dann auf 1'556'990.60 Fr. Dies bedeute aber, dass die effektiven Ausgaben geringer waren, als mit 1,7 Mio Fr. budgetiert.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält fest, dass er sicher nicht gegen den Fussballplatz sei. Aber die Ausgaben in Sachen Begegnungszentrum kämen ja auch noch. Im Übrigen ginge es um die Grundhaltung betreffend des Sparwillens. Von daher sei er immer noch nicht für Eintreten.

Keine weiteren Wortmeldungen

- 4 Gesundheit
- 5 Soziale Wohlfahrt

6 Verkehr

Christoph Morat, SP-Fraktion, fragt betreffend der Position 620-314.00, Baulicher Unterhalt durch Dritte, und 620-315.00, Übriger Unterhalt durch Dritte, nach Detailzahlen. So zum Beispiel betreffend der Kosten für die öffentliche Beleuchtung. Ausserdem frage er sich, ob dies nicht eine Investition sei, da es um den baulichen Unterhalt gehe. Weiter fragt er, ob es betreffend der Schneeräumung ein Outsourcing gebe, da einerseits die Aufwendungen für Schneeräumungen ausgewiesen werden, gleichzeitig die Personalkosten gesunken seien.

Paul Schüpbach, Departementschef Tiefbau/Umwelt, hält zunächst fest, dass das Gesamtbudget für Tiefbau/Umwelt eingehalten worden sei. Verschiebungen innerhalb der einstelligen Budgetpositionen seien gemäss kantonalem Gesetz grundsätzlich zulässig. Eine solche Verschiebung könne vor allem im Abwasser- und Wasserleitungsbau sowie im Strassenbau notwendig werden. Paul Schüpbach erläutert, dass der Leitungsbau sehr genau koordiniert werde, um den gleichen Strassenzug nicht mehrmals in kurzer Folge aufreissen zu müssen, um diverse Leitungen zu verlegen. Dies habe zur Folge, dass nicht alle Arbeiten im dem Jahr ausgeführt werden können, wenn sie budgetiert seien, sondern eventuell erst ein Jahr später, zBsp. dann, wenn auch die anderen Leitungen verlegt werden müssten. Aus diesen Gründen könne es auch sein, dass gewisse Investitionen vorverlegt werden müssten. Über einzelne Budgetpositionen sei er jederzeit in der Lage der FiReKo genaue Auskunft zu erteilen. Man habe der FiReKo auch entsprechende befriedigende Auskünfte erteilen können. Betreffend der Investitionsrechnung sei anzumerken, dass die Unstimmigkeiten wegen der unterschiedlichen Darstellung der Investitionen entstünden. Im Voranschlag 2003 seien die Nettoinvestitionen der Gemeinde von Fr. 400'000.—ausgewiesen. In der Rechnung jedoch die Bruttoinvestition, d.h. mit den Beiträgen der Grundeigentümer von ca. 1'6 Mio. Fr. Diese seien aber auch wiederum als Erträge aufgeführt. Für die Zukunft wolle man aber eine einheitliche Darstellung, das Bruttoprinzip, wählen.

Christoph Morat, SP-Fraktion, wiederholt nochmals die Fragen zur laufenden Rechnung 2003. Die Investitionsrechnung sei nicht Gegenstand seiner Frage gewesen. Es gehe ihm um die Qualifizierung der Kosten für die öffentliche Beleuchtung als Investition und um die Frage nach einem Outsourcing der Schneeräumung.

Paul Schüpbach erläutert die Situation an Hand des Beispiels "Schneeräumung". Diese werde grossenteils auswärtig vergeben. Schneeräumung sei jedoch abhängig von der Menge Schnee und daher schlecht budgetierbar. Es liege auf der Hand, dass es somit Abweichungen zwischen Budget und Rechnung geben könne. Derjenige Anteil an der Schneeräumung, der durch Werkhofmitarbeiter erbracht wird, werde via dem Zeiterfassungssystem als Löhne/Dienstleistungen erfasst.

7 Umwelt/Raumplanung

70 Wasserversorgung

71 Abwasserbeseitigung

72 Abfallbeseitigung

8 Volkswirtschaft

Keine Wortbegehren

9 Finanzen und Steuern

Christoph Morat, SP-Fraktion, fragt betreffend Position 903, Steuerabschreibungen Nat. Personen: Es sei zu erkennen, dass die Steuerabschreibungen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen haben. Dies habe Trendcharakter. Er möchte wissen, woran dies liege.

Kurt Hürzeler bestätigt, dass es tatsächlich zur Zeit viele säumige oder zahlungsunfähige Steuerzahler gebe. Ein wichtiger Grund sei aber, dass nach dem neuen Steuersystem plötzlich viele Rentner steuerpflichtig geworden seien. Diese hätten die Möglichkeit,

Steuererlassgesuche zu stellen. Die Statistik unseres Mahnwesens weist über 8'000 Steuermahnungen, ca. 480 Beteiligungen und Verlustscheine für über 400'000 Fr. für das Jahr 2003 auf. Der Trend sei leider zunehmend. Die Situation hänge aber mit der allgemeinen Wirtschaftssituation zusammen und könne auch wieder besser werden.

Investitionsrechnung

- 0 Allgemeine Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit
- 2 Bildung
- 3 Kultur und Freizeit
- 4 Gesundheit
- 6 Verkehr

Keine Wortmeldungen

Christoph Morat, SP-Fraktion, fragt betreffend Pos. 620-611 "Erschliessungsbeiträge", ob die Zahlungen der Anwender Ziegelei und Ofenstrasse nicht budgetierbar gewesen seien.

Kurt Hürzeler erläutert, dass der Strassenbau Ziegelei und Ofenstrasse eigentlich im 2002 budgetiert wurde, der Bau tatsächlich aber erst im Jahr 2003 aktuell geworden sei. Die Verschiebung eines gesprochenen Budgets sei legal, die Verwendung der Mittel im 2003 also korrekt.

Roman Meury, Departementschef Hochbau/Raumplanung, ergänzt, dass man gewusst habe, dass die Erschliessung Ziegelei kommen werde und daher im 2002 budgetiert wurde. Der definitive Beginn der Arbeiten sei aber von der Suche nach einem Investor abhängig gewesen.

7 Umwelt und Raumplanung

Christoph Morat, SP-Fraktion, nimmt Bezug auf die Position Tiefbauten/Friedhof, Pos. 740-501.03 Grabfelderweiterung. In der Rechnung 2003 seien Ausgaben von über 1,2 Mio. Fr. ausgewiesen, im Jahr 2002 Ausgaben von ca. 155'000.—Fr. Im Jahr 1999 sei im Einwohnerrat ein Kredit in Höhe von 780'000 Fr. gesprochen worden. Nun belaufe sich der Mehrbetrag auf 437'719.80 Fr., dies bedeute eine Budgetüberschreitung von ca. 56%. Habe man dafür jemals einen Nachtragskredit gesprochen?

Dr. Leo Zehnder erläutert, dass die Friedhoferweiterung und Umgestaltung auf zwei Ebenen gelaufen sei. Einerseits habe die Abteilung Hochbau/Raumplanung die Renovation des Friedhofgebäudes vorgenommen, andererseits die Abteilung Tiefbau die Grabfelderweiterung. Dem Einwohnerrat werde im Herbst ein Bericht des Gemeinderats vorgelegt, mit der Abrechnung und einem Antrag auf einen Nachtragskredit. Der Einwohnerrat könne dann anlässlich der Beratungen um den Nachtragskredit einlässlich über die Situation diskutieren.

Christoph Morat fordert nochmals eine Erklärung, wie es zu einer Budgetüberschreitung von 56% habe kommen können, ohne dass der Einwohnerrat darüber informiert worden sei. Im Jahre 1999 sei ein Kredit über 780'000 Fr. für die Grabfelderweiterung gesprochen worden. Mittlerweile sei man aber bei über 1,2 Mio. Fr. und die Erweiterung sei noch nicht fertig. Seine Frage betreffe hauptsächlich die mangelhafte Kommunikation.

Dr. Leo Zehnder erklärt, dass sich die massgeblichen Informationen erst im Laufe dieses Jahres ergeben hätten. Eine grosse Überschreitung des Budgets sei durch den Gemeinderat nicht im vorhinein zu erkennen gewesen. Im Jahr 2000 sei ein Betrag von 780'000.—Fr. im Budget gewesen, gebraucht habe man nur ca. 8'000.—, im Jahr 2002 seien 200'000.—Fr. budgetiert gewesen, gebraucht habe man nur ca. 144'000 Fr. Der Hauptanteil sei erst im Jahr 2003 fällig geworden. Es stimme, dass der Einwohnerrat 1999 eine Vorlage von 780'000.—Fr.

beschlossen habe, im Jahr 2001 sei eine weitere Tranche von 200'000.—Fr. ins Budget aufgenommen worden. Es stelle sich die Frage, ob dies ein zusätzlicher Betrag sei oder eine Tranche des Verpflichtungskredits. Eine detaillierte Diskussion würde heute abend aber zu weit führen. Er bittet den Einwohnerrat zur Kenntnis zu nehmen, dass die Position überschritten worden sei, aber auch, dass die definitive Abrechnung erst noch erfolge und man erst dann darüber diskutieren könne.

Christoph Morat ist grundsätzlich damit einverstanden, dass die Schlussrechnung abgewartet werde. Aber er erachte es als notwendig, eine drohende massive Budgetüberschreitung in diesem Masse frühzeitig zu kommunizieren. Um dieser Forderung Nachdruck zu verschaffen, präsentiert er einen entsprechenden Antrag der SP-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"

ANTRAG

Die GPK wird beauftragt, die Umsetzung des ER-Beschlusses über die Friedhofserweiterung zu prüfen.

Das heisst, ob die geplanten Vorhaben so realisiert wurden und wieso es zu solch massiven Kostenüberschreitungen kommen konnte.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auf die Kommunikationsmöglichkeiten und –fähigkeiten der Verantwortlichen der betroffenen Tiefbauabteilung gelegt werden, und wie das Potential noch besser genutzt werden kann.

Begründung

Es gilt, solche Finanzdebakel in Zukunft zu verhindern und die grösstmögliche Transparenz zu schaffen um so möglichst demokratisch und bürgernah Probleme aufzuzeigen und Lösungen zu erarbeiten."

Dr. Leo Zehnder ist der Ansicht, dass die bemängelte fehlende Kommunikation stattgefunden habe. Der Gemeinderat habe die Notwendigkeit eines Nachtragskredites klar kommuniziert (verweist auf Seite 84 der Jahresrechnung 2003, Verzeichnis der Verpflichtungskredite). Der massgebende Zeitpunkt ab dem man frühestens habe kommunizieren können, sei erst ab der Rechnung 2003 gewesen.

Jean-Jacques Winter schlägt vor, über den Antrag am Schluss der Beratungen abzustimmen.

9 Finanzen und Steuern

Keine weiteren Wortmeldungen

Jean-Jacques Winter stellt die begleitenden Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zur Diskussion.

Keine weiteren Wortmeldungen

Es wird über die Anträge der FiReKo abgestimmt:

://:

Die Rechnung 2003 der Einwohnergemeinde Allschwil wird mit 27:2 Stimmen genehmigt.

Zum Antrag der SP-Fraktion:

Robert Richner, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass erst mit Vorliegen des Berichts zum Nachtragskredit über den Antrag der SP-Fraktion abstimmt werden sollte. Er möchte daher wissen, wann der Nachtragskredit beantragt werde.

Paul Schüpbach erwidert, dass im Herbst 2004, wahrscheinlich im Oktober, der Antrag vorgelegt werde. Auf Nachfrage hin erklärt er, dass die Vorlage aus zeitlichen und sachlichen Gründen nicht bereits im September behandelt werden könne.

Keine weiteren Wortmeldungen

://:

Der Antrag der SP-Fraktion auf "Überprüfung der Umsetzung des Einwohnerratsbeschlusses betreffend Verpflichtungskredit für die Friedhofserweiterungen durch die Geschäftsprüfungskommission" wird mit **14:10 Stimmen bei 7 Enthaltungen gutgeheissen.**

409 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

4. Berichte des Gemeinderates vom 21.04.2004 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14. 05. 2004 betreffend Kenntnissnahme von der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2005 – 2009 Geschäft 3462/A

Verena Meschberger, Präsidentin der FiReKo, fasst zusammen, dass der Finanzplan der Jahre 2005-2009 eigentlich bereits im Januar zur Beratung hätte kommen sollen, aber aufgrund der Abstimmung "Wegmatten I" vom Gemeinderat nochmals zurückgezogen und überarbeitet wurde. Die Ausführungen vom Gemeinderat in Bericht 3462 seien sehr ausführlich, so dass sich der Kommentar der FiReKo eigentlich auf zwei Sätze beschränken könnte: Die Annahmen auf denen der Finanzplan beruhe, seien grundsätzlich gut und sinnvoll. Die Planungsgrundlagen seien aktuell. Die unterschiedliche Interpretation des Wortes "Nettoinvestition" durch den Gemeinderat und die FiReKo sei bereits Thema bei der Diskussion zur laufenden Rechnung gewesen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Sichtweisen wünsche sich die FiReKo vom Gemeinderat eine separate Finanzplanung über die Spezialfinanzierungen. Somit könnten Missverständnisse ausgeräumt, bzw. verhindert werden. Es sei der FiReKo aber auch bewusst, dass dies für die Hauptabteilung Finanzen Mehrarbeit bedeute, es aus Sicht der Kommission aber wesentlich zur Transparenz beitragen könne. Allgemein sei aber immer zu berücksichtigen, dass der 5-Jahres-Finanzplan jeweils eine Momentaufnahme der kurz- und mittelfristigen Erwartungen einer Gemeinde darstelle. Man könne davon ausgehen, dass die ersten zwei Jahre meistens mit der Planung weitgehend übereinstimmen würden. Die weiteren Jahre seien dann bereits von äusseren, unbestimmbaren Einflüssen abhängig. Sie bittet im Namen der FiReKo um Genehmigung des Finanzplanes.

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, schliesst sich den Ausführungen der Vorrednerin an. Aus der heutigen Sicht erscheine es als möglich, in den nächsten Jahren ein gewisses Eigenkapital zu äufnen. Bis im Jahr 2009 könne gemäss dem vorliegenden Finanzplan das Eigenkapital einen Betrag von ca. 7 Mio. Franken erreichen. Ein wesentlicher Anteil an der Finanzplanung trügen auch die Investitionen. Jede Änderung habe einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Finanzplanung. Dem Wunsch der FiReKo nach einer Trennung des Finanzplanes der Einwohnerkasse von demjenigen der Spezialfinanzierungen könne man aber nicht folgen. Die Spezialfinanzierungen seien vor einigen Jahren durch einen kantonsweiten Konsens in die Gesamtfinanzierungen integriert. Dies nicht ohne Grund, da die Spezialfinanzierungen und die Investitionsrechnungen jeweils auch erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtfinanzierungen zeitigen würden. Ein "Rückfall" in alte Vorgehensweisen sei möglichst zu vermeiden. Es sei aber in jedem Fall erstrebenswert, dass der Gemeinderat und die FiReKo in diesem Bereich zu einem Konsens kommen würden.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, stimmt Leo Zehnder zu, dass man durch gemeinsame Diskussionen zu einem Konsens kommen sollte. In jedem Fall solle in Zukunft vermieden werden, dass durch unterschiedliche Definitionen und Interpretationen mit unterschiedlichen Zahlen und Beträgen operiert werde.

EINTRETEN

Robert Richner, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion EINTRETEN, mit der Bemerkung, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Finanzplanung einzuhalten und Allschwil für neue Steuerzahler attraktiv zu machen.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, bemerkt, dass man bei Schulden von 68 Mio. Franken nicht wirklich von "gesunden Finanzstrukturen" (Zitat Bericht Gemeinderat) reden könne. Dies seien jährlich 1,6 Mio. Franken Steuergelder zur Begleichung der Schuldzinsen. Dennoch danke die SP-Fraktion für den Bericht und befürworte EINTRETEN auf den Bericht.

Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion EINTRETEN auf den Bericht.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass man sich gemäss dem vorliegenden Bericht nicht nur auf die allernötigsten Investitionen beschränkt habe. Seiner Ansicht nach werde Geld verschleudert. Daher sei die SD-Fraktion für NICHT EINTRETEN auf den vorliegenden Bericht.

://:

Mit 2 Gegenstimmen wird auf den Bericht 3462 des Gemeinderates vom 21.04.2004 betreffend der überarbeiteten Finanzplanung der Jahre 2005 – 2009 eingetreten.

DETAILBERATUNG

Seite 4
Investitionsplan

Kein Wortbegehren

Seite 5 Allgemeine Verwaltung

Kein Wortbegehren

Seite 6 Öffentliche Sicherheit

Kein Wortbegehren

Seite 7 Bildung

Kein Wortbegehren

Seite 8 Kultur und Freizeit

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt zur geplanten Investition in Höhe von 1.25 Mill. Franken zum Heimatmuseum, warum man zum jetzigen Zeitpunkt schon wisse, dass die Haupttranche davon nach dem Jahr 2009 benötigen werde. Wieso könne man dies jetzt schon sagen, wo doch eine Erweiterung des Heimatmuseums durch das Volk abgelehnt worden sei. Das Familien- und Begegnungszentrum halte er für völlig überflüssig. Der Staat habe der Bevölkerung nicht vorzuschreiben, wo sie sich zu begegnen habe. Diese Investition sei unnötig.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, beschränkt seine Antwort auf die Frage betreffend Heimatmuseum. Es bestehe ein grundsätzliches Konzept zur langfristigen Ausgestaltung des Heimatmuseums. Daher sei in der Finanzplanung, quasi pro memoria, ein

Geldbetrag aufgenommen worden, welcher die Verwirklichung des Konzeptes ermögliche. Es sei damit aber noch nicht festgelegt, wann welcher Betrag wirklich benötigt werde.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält es für unangebracht, für das Museum, welches nur wenige Anhänger habe, eine solche Summe aufzubringen.

Roman Meury hält nochmals fest, dass diesbezüglich noch gar nichts definiert sei. Das Gebäude müsse ohnehin unterhalten werden, finanzielle Rückstellungen müssten in jedem Fall gemacht werden. Allerdings liegt die Realisierung in so weiter Ferne, dass eine Diskussion zum heutigen Zeitpunkt eigentlich nichts bringe.

Christoph Morat, SP-Fraktion, regt an, das Familienzentrum zeitlich vorzuziehen, da die Mittel für den Hochwasser-Staudamm ja nun nicht so schnell gebraucht würden.

Iris Zihlmann fährt mit dem Verlesen der Finanzplanung fort:

Seite 9 Gesundheit

Kein Wortbegehren

Seite 10 Soziale Wohnfahrt

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist zur Position "Umbau Bruggerhaus" der Ansicht, dass die Gemeinde sich mit dem Neubau der Gemeindeverwaltung aus den Fremdeinmietungen befreien solle. Dies sei auch immer so kommuniziert worden. Das Bruggerhaus gehöre der römisch-katholischen Kirche. Er frage sich, wofür das Bruggerhaus nun wieder so teuer umgebaut werden solle, wenn man sich doch aus den Fremdeinmietungen befreien wolle.

Dr. Anton Lauber, Departementsvorsteher Soziale Dienste, bestätigt dem Vorredner, dass das Bruggerhaus künftig nicht mehr von der Jugendmusikschule benötigt werde. Es habe sich aber gezeigt, dass der Krippenverband sehr strenge Regeln für die Infrastruktur von Tagesheimplätzen für Kinder aufgestellt habe und es sei festgestellt worden, dass die Gemeinde keine sehr guten Plätze für die Tagesbetreuung von Kindern vorweisen könne. Auf der Suche nach einem Ersatz für die Tagesstätte "Schlappenmatten" sei man auf das Bruggerhaus gestossen. Es seien bereits vor Jahren für die Jugendmusikschule 621'000.— Fr. in das Bruggerhaus investiert worden, eine Amortisation sei nicht in den Mietvertrag eingebaut worden. Daher sei es sinnvoll, an dem Mietvertrag festzuhalten. Nur so könne man auch weiterhin von den getätigten Investitionen profitieren. Die anstehenden Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten in Höhe von 215'000.— Fr. würden den Betrieb einer Kindertagesstätte erlauben. Der nun in Verhandlung stehende Mietvertrag berücksichtige eine angemessene Amortisationsquote. Die römisch-katholische Kirchengemeinde habe an ihrer letzten Sitzung dem Mietvertrag zugestimmt. Die Mietzinse für das Bruggerhaus beliefen sich zur Zeit auf 40'856.40 Fr., für "Schlappenmatten" auf 56'200.—Fr. Auch aus diesen Gründen dränge sich ein Wechsel auf. Er könne dahinter stehen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, drückt seine Enttäuschung über diese Ausführungen aus. Es habe mal geheissen, in dieser Sache sei noch nichts entschieden und es werde nochmals Rücksprache genommen. Nun werde man vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Empfehlungen, auch wenn sie von einer Subkommission der GPK kommen, seien subjektiv. Das Tagesheim "Schlappenmatten" sei jahrelang zweckdienlich gewesen, nun auf einmal nicht mehr. Er sei der Ansicht, dass man die Jugend nicht noch mehr zu "Weicheiern" erziehen solle. Man habe offenbar auch nie in Erwägung gezogen, eine gemeindeeigene Liegenschaft zu nutzen, zum Beispiel die Villa Guggenheim. Es gehe nicht darum, gewissen Unternehmen eine vorzügliche Infrastruktur zu bieten, sondern nur die Rahmenbedingungen zu setzen. Die Firma "Panalpina" sei nur sehr kurz in der Villa Guggenheim gewesen, hier habe man sicher auch Verluste eingefahren. Nach seiner Meinung solle man nicht auf Kosten der öffentlichen Hand durch das "Hintertürchen" solche Verträge abschliessen.

Dr. Anton Lauber, Departementsvorsteher Soziale Dienste, antwortet, dass die Villa Guggenheim nach wie vor vermietet sei. Wenn die Gemeinde die Räume nutzen würde, müsste sie auf die Mietzinseinnahmen verzichten, welche sie zurzeit dort generiere. Betreffend den Bedürfnissen und Anforderungen an eine moderne Kinderbetreuung könne er mit dem Vorredner gerne einmal diskutieren. Weiter missfalle ihm der Vorwurf einer "Mogelpackung", "Hintertürchen" etc. Es sei immer transparent gehandelt worden. Im Rahmen der Leistungsvereinbarung würden die Mietverträge dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Es sei überhaupt noch nichts beschlossen.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, gibt Bruno Steiger in dieser Hinsicht Recht. Es sei noch nicht allzu lange her, dass dem Einwohnerrat eine Investition zum Umbau des Schulhauses "Baslerstrasse" vorgelegt worden sei, mit der Begründung, dass man dann die Mietzinse des Bruggerhauses einsparen könne. Nun werde doch wieder über eine weitere Nutzung des Bruggerhauses diskutiert, egal ob sinnvoll oder nicht. Es ärgere ihn, dass man den Einwohnerrat und auch das Volk zum Teil vor vollendete Tatsachen stellt. Man müsse sich dann nicht wundern, dass in anderen, wichtigeren Abstimmungen, eine "Retourkutsche" vom Volk komme.

Seite 11 Verkehr

Alice Märky, FDP-Fraktion, fragt, warum bei der Position Kreisel Grabenring ein Betrag von 400'000.—Fr. eingesetzt sei. Bisher sei doch immer die Rede von 800'000.— Fr. gewesen. An die Gesamtkosten von 1.2 Mio. Fr. habe der Kanton doch nur 1/3 Kostenbeitrag in Aussicht gestellt. Zahle er nun mehr?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, teilt dazu mit, dass tatsächlich nach neuestem Wissensstand und weiteren Verhandlungen mit dem Kanton, die Gemeinde nur noch 400'000.—Fr. an den Kreisel zahlen müsse.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, fragt, ob es eine schriftliche Bestätigung des Kantons darüber gebe, dass die Gemeinde nur noch 400'000.—Fr. an den Kreisel zahlen müsse.

Paul Schüpbach antwortet darauf, dass es hier um eine erste Finanzplanung gehe und der Einwohnerrat umgehend ins Bild gesetzt würde, wenn das Projekt schriftlich vorläge.

Seite 12 Umwelt und Raumplanung

Keine Wortmeldung

Seite 13 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung

Dr. Anton Lauber nimmt nochmals Bezug auf das Votum von Eugen Neeser, FDP-Fraktion, betreffend Bruggerhaus, es sei falsch und nicht durchdacht. Er betont nochmals, dass es einerseits um eine bereits getätigte Investition von über 600'000.—Fr. gehe und andererseits um den bestehenden und künftigen Mietvertrag. Im Detail sind ein Mietvertrag zwischen der Gemeinde und der römisch-katholischen Kirchgemeinde sowie ein Untermietvertrag mit der Stiftung Tagesheime geplant. Die Stiftung sei als eigenständige juristische Person diejenige, welche den Mietzins entrichtet.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, fragt nach, ob es nicht so sei, dass der Untermietvertrag letztlich doch via Subvention durch die Gemeinde bezahlt werde. Beim Umbau Schulhaus "Neuallschwil" habe der Gemeinderat vor dem Plenum betont, dass er sich bemühen werde, vorzeitig aus dem Mietvertrag "Bruggerhaus" auszusteigen um Kosten einzusparen. Nun, keine sechs Monate später präsentiere man einen neuen Mietvertrag. Dies hätte man damals klar

kommunizieren müssen, m.a.W. wäre eine längerfristige Planung wünschenswert gewesen. Ausserdem frage er sich, warum für das Jahr 2005 nochmals ca. 215'000.—Fr. für Renovationsarbeiten in der Villa Guggenheim vorgesehen sind.

Dr. Anton Lauber antwortet darauf, dass das neue Vertragskonstrukt die Gemeinde nicht teurer zu stehen kommt, als bisher. Der Vorwurf der kurzfristigen Änderung der Planungsziele nehme er entgegen und zur Kenntnis, gibt aber zu bedenken, dass sich die äusseren Umstände schnell ändern können und man darauf eingehen müsse. Eine Zehn-Jahres-Planung betreffend der Nutzung und dem Bedarf von Gebäulichkeiten wäre in der Tat wünschenswert aber schwer zu realisieren.

://:

Vom überarbeiteten **Finanzplan** der Einwohnerkasse über die Jahre 2005 – 2009 wird mit **28:2 Stimmen Kenntnis genommen.**

PAUSE

FRAGESTUNDE

Christoph Morat, SP-Fraktion, fragt, wann das Wasserspiel auf dem Friedhof in Betrieb genommen werde.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, antwortet, dass zuerst die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen, bevor das Wasserbecken gefüllt werde.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, fragt, was es auf dem Friedhof mit den Erdaufschüttungen auf dem Weg Richtung Grenze zu Frankreich auf sich habe.

Paul Schüpbach erläutert, dass diese Erdaufschüttungen neben dem Weg seien, dort wo Mulden im Terrain ausgeglichen worden seien.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion, fragt, warum der Gemeinderat die Schliessung der Kindergärten so spät beschlossen habe.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, antwortet in Vertretung von Bea Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung Erziehung Kultur, dass in Allschwil ab Sommer 2004 total 15 Kindergärten geführt werden dürften. Dies habe in der Bevölkerung und bei den Lehrkräften Unmut ausgelöst. Gemäss Bildungsgesetz unterstünden die Kindergärten neu nicht mehr dem Gemeinderat sondern dem Schulrat. Das Bildungsgesetz zeige jetzt deutliche Auswirkungen. In diesem Gesetz seien Richt- und Höchstzahlen für die Kinder pro Klasse festgelegt. Die Richtzahl betrage für Kindergärten 21 Kinder und als Höchstzahl 24 Kinder. Die Klassen sollten nach Möglichkeit entsprechend gebildet werden. Danach könnten in Allschwil eigentlich nur noch 14 Kindergartenklassen geführt werden. Zur Zeit seien es noch 18, geplant seien neu 15 Kindergartenklassen. Es habe sich gezeigt, dass in Allschwil die Kindergartenklassen zu klein seien und dem kantonalen Gesetz widersprechen würden. In der Tat sei einiges in Bezug auf die neue Klassenbildung und der entsprechenden Information der Bevölkerung schief gelaufen. Der Zeitplan habe eigentlich vorgesehen, dass bis zum 31. März 2004 die Klassenbildung abgeschlossen sei, der Schulrat hätte allenfalls bis zum diesem Datum einen Antrag an den Gemeinderat zu stellen gehabt, ob dieser bereit sei zusätzliche Klassen zu finanzieren und er hätte an das Amt für Volksschulen einen entsprechenden Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Kindergartenklassen stellen müssen. Der Gemeinderat habe nie einen entsprechenden Antrag erhalten und war dementsprechend auch nicht informiert. Hingegen habe das Amt für Volksschulen die Führung von 17 Klassen dem Schulrat bewilligt mit dem Hinweis auf das

fehlerhafte Vorgehen. Erst durch eine Kopie dieses Schreibens habe der Gemeinderat überhaupt Kenntnis von der Situation erhalten. Aus all diesen Gründen sei der definitive Entscheid erst so spät gefallen und auch kommuniziert worden. Durch die Umstellung auf das neue Bildungsgesetz sei es tatsächlich unglücklich abgelaufen, aber man habe die Hoffnung, dass es in Zukunft besser gemacht werde.

410 01.030 Einwohnerrat

5. Dringliche Interpellation von Eugen Neeser, FDP-Fraktion, betr. Hochwasserschutzdamm für Allschwil (Geschäft 3527)

Jean-Jacques Winter, Präsident, erläutert, dass sich die schriftlich eingereichte Frage von Armin Bieri, SP-Fraktion, inhaltlich mit der von Eugen Neeser, FDP-Fraktion, eingereichten Interpellation decke und Armin Bieri daher bereit sei, seine Frage zurückzuziehen.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, beantwortet die Interpellation. Es sei absolut richtig, dass die Fertigstellung des Hochwasserschutzes für die Jahre 2005 und 2006 mit je einer Million Franken geplant sei. Die Gemeinde sei nicht über die Verzögerung der Realisierung des Hochwasserschutzes durch den Kanton informiert. Der Grund für die Verzögerung liege wahrscheinlich allein beim Kanton. Bauliche oder andere Gründe gebe es jedenfalls nicht. Der Hochwasserschutz sei ein Bauwerk des Kantons, wann er erstellt, resp. fertiggestellt werde, könne die Gemeinde daher nicht sagen. Die Gemeinde habe alle anderen möglichen Massnahmen getroffen, der Hochwasserdamm sei aber nur durch den Kanton zu realisieren. Die Kosten für allfällige Hochwasserschäden trage die Gebäudeversicherung. Die Gebäudeversicherung habe aber damals deutlich festgehalten, dass die Planung des Hochwasserdammes und die Kreditbewilligung bis 2002 abgeschlossen sein müssten. Die Gemeinde Allschwil habe ihre diesbezüglichen Aufgaben alle erfüllt. Der Kanton habe den Kredit auch bewilligt, deren Auslösung liege aber im Machtbereich des Kantons und könne von Allschwil nicht beeinflusst werden. Es sei ja auch ein Bauwerk des Kantons, er sei allein zuständig und verantwortlich. Der Gemeinderat setze aber alles daran, die Ausführung voranzutreiben, allerdings sei der Kanton zur Zeit damit beschäftigt weitere entsprechende Gelder zu streichen. Der Gemeinderat werde schriftlich dem Kanton mitteilen, dass man auf die planmässige Ausführung des Hochwasserschutzes bestehe und allfällige Regressforderungen der Gebäudeversicherung an den Kanton überwälzen werde.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, fragt nochmals nach, ob in dem erwähnten Brief an den Kanton ausgeführt worden sei, dass die Gebäudeversicherung den Vorbehalt gemacht habe die nächsten Schäden nicht mehr zu bezahlen. Dies könne man als zusätzliches Argument für eine schnelle Ausführung anführen.

Paul Schüpbach bedankt sich für den Hinweis.

411 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

6. Berichte des Gemeinderates vom 12.05.2004 und der Wirkungsprüfungskommission vom 10.05.2004 betreffend Leistungsberichte und Kosten-/Leistungsrechnung 2003 der Gemeinde Allschwil Geschäft 3515 / A

Verena Meschberger, Präsidentin der Wirkungsprüfungskommission (WIKO), erläutert den Bericht zu den Leistungsberichten und der Kosten-/Leistungsrechnung 2003. Die WIKO habe sich intensiv mit ca. ¼ der einzelnen Leistungsberichten auseinandergesetzt und kommentiert. Das eigentlich gesetzte Ziel, die jeweiligen Kostenrechnungen zu den einzelnen Leistungszielen ebenfalls zu kommentieren, habe aber aus terminlichen Gründen nicht erreicht werden können.

Die WIKO und der Gemeinderat habe mit den vorliegenden Berichten zeigen können, welche Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Verwaltungstätigkeiten in diesen Berichten bestehen. Es werde damit sichtbar, welche Leistungen, wie und zu welchem Preis die Verwaltung anbieten könne und solle. Sie böten damit auch die Möglichkeit, gezielte Einsparungen vorzunehmen. Dank der wirtschaftsorientierten Verwaltungsführung (WOV) sei es nun viel einfacher die Personalressourcen zu lokalisieren, gezielt einzusetzen und damit Kosten einzusparen. Dies auch dank dem System Time-Packer als Zeiterfassungsprogramm. Die sehr gute Zusammenarbeit mit Herrn Markus Rudolf-von-Rohr und dem Gemeinderat habe wesentlich dazu beigetragen, die Berichte zu erstellen. Beide Berichte ergeben gesamthaft ein gutes Bild über die Möglichkeiten der WOV. Abschliessend sei festzuhalten, dass Allschwil mit Hilfe der WOV nun auf gutem Weg sei, die einzelnen Leistungen gezielt zu beurteilen und die Kosten auszuweisen. Man dürfe darüber aber nicht vergessen, die Balance zwischen Produktivität und Aufwand zur Datenermittlung für die Leistungsberichte im Auge zu behalten. Der Aufwand zur Erfassung von Kennwerten und Leistungsdaten dürfe nicht grösser werden. In diesem Sinne bittet sie, von den Berichten Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, bedankt sich für die positive Beurteilung durch die WIKO und sieht darin eine Bestätigung des eingeschlagenen Weges. Es habe viel Aufbauarbeit benötigt, aber offensichtlich habe sich der Aufwand gelohnt. Die WIKO habe einen sehr kompetenten Bericht abgeliefert und dokumentiere damit die Aussagekraft der Leistungsberichte. Der administrative Aufwand zur Ermittlung der Kenndaten müsse tatsächlich so gering wie möglich gehalten werden. Dies würden auch neueste Erkenntnisse der Universität St. Gallen bestätigen. Es habe sich der Begriff des "NPM-soft" herausgebildet, dem werde in Allschwil nachgelebt. Der Geschäftsbericht und der Leistungsbericht decke sich dank WOV weitgehend und es sei zu diskutieren, künftig das Berichtswesen weiter zu vereinfachen.

EINTRETEN

Peter Humbel, SP-Fraktion, bedankt sich namens der Fraktion bei der WIKO für die hervorragende Arbeit, insbesondere bei der Präsidentin Verena Meschberger. Es habe sich gezeigt, dass nun das Optimum an Berichterstattung erreicht worden sei. Es sei nun sehr wichtig das überwiesene Postulat 3452 zu behandeln. Dies vor allem, damit die vorgeschlagenen Massnahmen eingeleitet werden könnten. In diesem Sinne sei die CVP/SVP für EINTRETEN und Kenntnisnahme.

Mathilde Oppliger, CVP/SVP-Fraktion, erklärt namens ihrer Fraktion EINTRETEN.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass "WOV" vor allem ein Schlagwort der FDP gewesen sei. Er würdigt die Leistung und Überzeugungskraft von Verena Meschberger, die ihm gezeigt habe, dass WOV wirklich Sinn mache. Die Kommission sei durch Verena Meschberger immer gefordert worden und letztlich habe ein objektiver und sinnvoller Bericht, über die Parteigrenzen hinweg, erstellt werden können. Er ist der Ansicht, dass nicht nur die Verwaltung sondern auch die politischen Behörden, wie zum Beispiel das Wahlbüro, einen Leistungsbericht abzuliefern hätten. Die Fraktion könne dem Bericht vollständig zustimmen.

Alice Märky, FDP-Fraktion, würdigt ebenfalls die aufwändige Arbeit der WIKO. Es zeige sich, dass der Aufwand zur Ermittlung der Leistungsdaten und zur Berichterstellung relativ hoch sei und aus diesem Grunde sei zu fordern, dass das Postulat 3452 möglichst bald erfüllt werde.

EINTRETEN

://: Es wird einstimmig auf die Berichte des Gemeinderates vom 12.05.2004 und der Wirkungsprüfungskommission vom 10.05.2004 betreffend Leistungsberichte und Kosten-/Leistungsrechnung 2003 der Gemeinde Allschwil (Geschäft 3515 / A) eingetreten.

DETAILBERATUNG

Jean-Jacques Winter, Präsident, schlägt im Hinblick auf die im Ergebnis übereinstimmenden Berichte des Gemeinderates und der WIKO vor, dass der Bericht der WIKO im Detail verlesen wird.

Iris Zihlmann-Glanzmann, verliest den Bericht der WIKO.

1. Stand ALLWO per Ende 2003

1.1. Feststellungen der WIKO

Keine Wortbegehren

1.2. Resultat, Interviews

Keine Wortbegehren

2. Leistungsberichte 2003

2.1. Allgemeine Feststellungen

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, erläutert, dass betreffend der Kritik der WIKO an der fehlenden Schreibweise > und < mittlerweile eine Lösung gefunden werden konnte. Weiter sei der Gemeinderat der Ansicht, dass das Leistungsziel von "0 Reklamationen" nicht realistisch sei, da es zum Teil unberechtigte Reklamationen gebe, aber auch mal der eine oder andere Fehler unterlaufen könne. Selbstverständlich sei es das Ziel fehlerfreie Arbeit zu leisten, dies könne aber nicht in dieser Art verlangt oder erreicht werden. Wichtig sei, die Fehlerquote so gering wie möglich, innerhalb einer gewissen Toleranzgrenze, zu halten. Zu einem späteren Zeitpunkt könne man diesen Soll-Wert nochmals überprüfen und allenfalls anpassen.

Verena Meschberger gibt der Gemeindepräsidentin grundsätzlich Recht. Die Überprüfung von Leistungszielen und die Anpassung von Soll-Werten müsse immer eine Möglichkeit darstellen.

2.2. Leistungsberichte 2003 im Detail

2.2.1 Rechtsdienstleistungen

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, kommentiert die positiven Feststellungen der WIKO zu den Rechtsdienstleistungen (Pos. 2.2.1). Die Feststellungen der WIKO würden den Gemeinderat sehr befriedigen, zumal die Institution eines Rechtsdienstes sehr umstritten war. Sie hoffe, dass mit dem positiven Leistungsbericht und der Kostenrechnung weitere Diskussionen über den Rechtsdienst überflüssig werden.

2.2.2 Standort/Wohnortmarketing/Wirtschaftsförderung

Ruth Greiner nimmt namens des Gemeinderates die Anregungen der WIKO gerne zur Kenntnis. Sie persönlich möchte dazu anmerken, dass die Frage nach der Notwendigkeit eines Neujahsapéros oder eines Zuzügerapéros durch den neuen Gemeinderat sicher geprüft werde. Sie verstehe aber diese Anlässe als persönliche Geste gegenüber den Einwohnern und fände es schade, wenn diese relativ bescheidenen Beträge den Sparmassnahmen zum Opfer fielen.

Verena Meschberger bemerkt dazu, dass die erwähnten Apéros ein Musterbeispiel für eine sinnvolle Diskussion um Leistungspostulate abgeben werden.

2.2.3 Gemeindesteuern

2.2.4 Wasserversorgung

2.2.5 Öffentlicher Verkehr

Keine Wortbegehren

2.2.6 Hochbau/Raumplanung

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** erläutert, dass sich die Bemerkung der WIKO auf das Katasterwesen beziehe, hier aber eine Lösung anstehe.

2.2.7 Einwohnerdienste

bis

4. Schlussfolgerungen

Keine weiteren Wortbegehren

ANTRÄGE der WIKO

://:

1. Der Bericht des Gemeinderates 3515 "Leistungsbericht der Kosten / Leistungsrechnung 2003 der Gemeinde Allschwil" sei zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag wird mit **31 Stimmen zur Kenntnis genommen.**

2. Der Bericht der WIKO betreffend "Leistungsbericht der Kosten-/Leistungsrechnung 2003 der Gemeinde Allschwil sei zu genehmigen.

Der Antrag **wird mit 31 Stimmen genehmigt.**

Jean-Jacques Winter beendet die Sitzung.

Stefan Brügger, CVP-Präsident, verdankt den scheidenden Gemeinderat Dr. Leo Zehnder und erinnert an dessen vielfältigen Verdienste als Gemeinderat, Landrat und Historiker für die Gemeinde Allschwil über viele Jahrzehnte hinweg.

Der scheidende Einwohnerratspräsident **Jean-Jacques Winter** bedankt sich zum Ende seiner Amtszeit bei Herrn und Frau Gloor für die geleisteten Dienste zum Gelingen der Einwohnerratssitzungen. Ausserdem bedankt er sich bei den übrigen Büromitgliedern und dem Sekretär des Einwohnerrates für die gute Zusammenarbeit. Er verabschiedet die am Ende dieser Legislaturperiode ausscheidenden Einwohnerräte und die scheidende Gemeindepräsidentin Ruth Greiner sowie den ausscheidenden Gemeinderat Dr. Leo Zehnder.

Ruth Greiner ihrerseits verabschiedet Jean-Jacques Winter als Präsident des Einwohnerrates der Amtszeit 2003/2004.